

Zevener Liberale bei Euro-Debatte dabei

Zeven. Die Mitglieder der Zevener durften mit darüber entscheiden, welcher von zwei Anträgen zur Rettung des Euro eine Mehrheit bekommt. Auf der einen Seite der Antrag A des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler. Schäffler hatte für Aufsehen gesorgt, weil er gegen die Euro-Rettungspläne der Bundesregierung gestimmt hatte und sich für einen freiwilligen Austritt der Schuldenländer aus der Euro-Zone ausspricht.



Die Alternative bietet ein Antrag B des FDP-Bundesvorstands, der sich in der Analyse nicht von dem unterscheidet, was Schäffler anstrebt, aber für die Lösung der Probleme dennoch einen anderen Weg aufzeigt. Was passieren könnte, wenn der Euro scheitert, war denn auch Gegenstand einer Diskussionsrunde in Zeven, zu der FDP-Chef Hartmut-Hans Schmidt den Bundestagsabgeordneten Serkan Tören aus Stade eingeladen hatte. Tören sprach sich in seiner Stellungnahme klar für den Antrag des Bundesvorstands aus.

Er betonte, dass es notwendig sei, zu den Prinzipien zurückzukehren, die Europa stark gemacht haben. Das seien der gemeinsame Wertekanon, aber auch der Bereich der individuellen Verantwortung sowie der freie Waren- und Kapitalverkehr. Dafür müsse es bei einer Währungsunion aber auch klare Regeln geben, wobei mit der Einrichtung des Europäischen Stabilitäts- Mechanismus (ESM) ein entscheidender Schritt für einen neuen Stabilitätspakt getan wurde. Damit stünden die Euro-Länder zusammen und

könnten die europäische Währung solidarisch verteidigen.

Aber Tören wies auch darauf hin, dass alle ursprünglichen FDP-Forderungen in den Stabilitätspakt umgesetzt wurden: Erstens der Parlamentsvorbehalt bei einer weiteren Ausdehnung des deutschen Haftungsrisikos sowie zweitens die Durchgriffs- und Kontrollrechte für die Bundesrepublik Deutschland. Für den Fall, dass die Schuldenlast eines Landes auf die Dauer von dem betroffenen Land alleine nicht mehr getragen werden kann, werde es nunmehr durch ESM eine geordnete Insolvenz geben. Hilfen dürfen indessen nur unter strengen Auflagen gewährt werden.

Tören sprach sich klar gegen gemeinsame Staatsanleihen (Euro-Bonds) aus. Für ihn gilt: Es darf keine Vergemeinschaftung von Schulden geben. Das sei für die FDP die rote Linie, die nicht übertreten werden dürfe. (ZZ/ak)

Artikel vom 14.12.11 - 12:00 Uhr